Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 60 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106. | Dresden, Mittwoch den 11. Mai 1910. | 21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Englands Politik unter Eduard VII.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. London, 8. Mai.

Mit Eduard VII. ist ein Herrscher dahingegangen, der in der kurzen Spanne seiner Regierungszeit überaus bedeutende Wandlungen sowohl in der inneren wie der äußeren Politik seines Landes miterlebt hat. Wenn man einen flüchtigen Blick auf die Lage Englands zur Zeit des Todes der Königin Viktoria wirft, so ist man in der Tat erstaunt über die vielseitigen und tiefgehenden Aenderungen in diesen neun Jahren. Die byzantinische Geschichtsschreibung, die natürlich bei einem derartigen Anlasse in der bürgerlichen Presse ihre Orgien feiert, hat nichts Eiligeres zu tun, als auf ihre alberne Weise eine nebensächliche Begleiterscheinung für die treibende Ursache auszugeben und die ihrer Ansicht nach glänzende Entwicklung der letzten Jahre zum großen Teil dem König als persönliches Verdienst anzurechnen. Es ist noch nicht möglich, heute schon zu einem abschließenden Urteil über die wahre geschichtliche Bedeutung Eduards zu gelangen. Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Phasen der englischen Politik und seinen eigenen Plänen und Anregungen ist noch lange nicht genügend aufgeklärt und zudem war seine Regierungszeit auch viel zu kurz, um jetzt schon greifbare Früchte seiner Tätigkeit zeitigen zu können. Sicher ist nur so viel, daß sowohl diejenigen, die ihn als einen Wohltäter der Menschheit in den Himmel heben, wie auch jene, die in ihm stets den bösen Geist gesehen haben, seine wirkliche Bedeutung maßlos überschätzen.

Daß Eduard ein geborener Staatsmann gewesen sei, wird niemand behaupten wollen. Er hatte die Mitte des Lebens bereits längst überschritten, als er auf einem ganz neuen Felde als auf dem der Politik einen Weltruf genoß. Sein Verdienst bestand darin, ein vollendeter Gentleman, ein herzliger Lebemann zu sein, der sich beim Pferderennen, in den Salons von Paris und beim Bakkarat unvergleichlich wohler fühlte als im Rate der Minister. Es gab eine Zeit, wo man sich Eduard nur im Scherz als den treuen Hüter der Rechte seines Volkes vorstellen konnte. Es zeugt jedenfalls von seiner großen Anpassungsfähigkeit, wenn er trotzdem in der Rolle des Monarchen nicht schlechter fuhr als die meisten seiner gottbegnadeten Herrscher, wenn er nicht nur auf die Armee und die äußere Politik einen erheblichen persönlichen Einfluß üben konnte, sondern auch die Monarchie in England zu einer volkstümlichere Institution hinterläßt, als wie er sie vorfand.

Das stärkere Hervortreten des Königs als eines sozialen und politischen Machtfaktors kennzeichnete von Anfang an die Regierung Eduards. Dies trat auch schon äußerlich durch die Wiedereinführung des in England unter Viktoria außer Gebrauch gekommenen königlichen Pomps bei jeder Gelegenheit zutage. Es zeigte sich bald, daß Eduard auch in ernsteren Dingen auf eine mäßigere, englische Art persönlichen Regiments steuerte. In der inneren Politik, die von dem Wettstreit der gleichberechtigter und gleich königstreuer Parteien beherrscht wird, war natürlich, wenigstens soweit die Oeffentlichkeit in Betracht kam, die größte Zurückhaltung selbstverständlich. Aber auf dem Gebiete der äußeren Politik, die England als außerhalb dem Bereiche der Parteipolitik stehend betrachtet wird, glaubte er sich ein entschiedeneres Auftreten gestatten zu können. Er begann damit, daß er, entgegen der englischen konstitutionellen Sitte, ohne Begleitung seiner Minister diplomatische Reisen ins Ausland unternahm. Die kurzen Reisen nach Spanien und Italien konnten allenfalls als unpolitisch entschuldigt werden. Als er aber auch Gaben den Besuch in Reval ohne verantwortlichen Minister, hingegen in Begleitung der permanenten Leiter der Politik und der Armee abstattete, lag die Natur des neuen Kurses allen klar zutage.

Diese Vorgänge trugen viel dazu bei, im Auslande und namentlich in Deutschland die Auffassung zu verbreiten, daß eine große Wendung in der englischen Weltpolitik der Initiative des Königs entsprang. Drei Ereignisse von überragender Bedeutung bilden die Etappen der neuen äußeren Politik Englands. Der Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses im Jahre 1902, die Entente cordiale mit Frankreich und das englisch-russische Abkommen.

Das englisch-japanische Bündnis, mit dessen Abschluß der König persönlich gewiß wenig zu schaffen hatte, ist heute so gut wie gegenstandslos. Das englisch-russische Abkommen hat trotz seiner Bedeutung und der stetig wachsende Einfluß Rußlands in durchweg asiatenfeindlichen Kolonien auf die äußere Politik Englands kaum machen seine Auferstehung höchst unwahrscheinlich. Dagegen bilden die Entente cordiale und das Abkommen mit Rußland noch heute die Ecksteine der englischen Weltpolitik, deren Grundlage der englisch-deutsche Gegensatz ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Eduard die Ausarbeitung dieser Politik, die man in England als dem hehrsten Friedensbestrebungen eingegeben lobt und in Deutschland als gehässige Isolierungs- und Einkreisungspolitik verschreit, persönlich viel beigetragen hat. Aber er war eher Werkzeug als Meister. Er konnte die Pläne der englischen Diplomaten mächtig fördern, weil er seinen persönlichen Einfluß willig in ihren Dienst stellte und unter allen Umständen ein großes Maß von Diskretion und Taktgefühl bewahrte.

Dieses Taktgefühl kennzeichnet auch seine Stellung in der inneren Politik Englands und erklärt zum Teile auch seine unbestreitbar große Popularität bei den Massen, trotzdem er gewisse reaktionäre Neigungen nicht immer verbergen konnte. Man erinnert sich noch der kleinlichen Rache, mit der er die Genossen Keir Hardie und Grayson bedachte, weil sie sein Bauchrutschen vor dem Blutzaren im Parlament gebührend kennzeichneten. Bei der gegenwärtigen Verfassungskrise scheint er auch seine Hand im Spiele gehabt zu haben. In liberalen Kreisen wurden als Entschuldigung für Asquith geheimnisvolle Andeutungen gemacht, die darauf hinausliefen, daß der in der Thronrede enthaltene Wortbruch des Ministerpräsidenten auf einen Wunsch des Königs zurückzuführen gewesen sei. Auch fiel es seinerzeit auf, daß der Passus der Thronrede, der die Reform des Oberhauses und seiner Machtbefugnisse ankündigte, die ungewöhnlichen, vorsichtigen Worte „nach der Ansicht meiner Ratgeber" enthielt. Dies deutete darauf hin, daß der König den Kampf gegen die Lords mißbilligte, und in der Tat haben die Konservativen stets auf die Abneigung des Königs gegen die von der liberalen Regierung angedrohten „revolutionären" Maßnahmen gebaut. Sein unerwarteter Tod hat es Eduard erspart, in dieser kritischen Frage offen Farbe zu bekennen.

Es ist übrigens leicht möglich, daß der Thronwechsel der liberalen Regierung den erwünschten Vorwand liefern wird, den ganzen Verfassungskampf auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Es ist sicher, daß sich sehr bald Stimmen vernehmen lassen werden, die es für unloyal erklären, den neuen, unerfahrenen König sofort vor eine so schwere Prüfung zu stellen. Die liberalen Staatsmänner werden in ihrer Loyalität diesen Appellen schwerlich ihr Ohr versagen, und da die Krönung erst im nächsten Jahre stattfinden kann, würde das sofort eine „Vertagung" der Krisis auf mindestens zwei Jahre bedeuten. Da andere gesetzgeberische Maßnahmen mit Rücksicht auf die Verfassungskrise nicht vorbereitet worden sind, wird diese Parlamentssession voraussichtlich völlig unfruchtbar verlaufen. Vielleicht ist das ein Umstand, der den bürgerlichen Politikern in ihrer Trauer um den Verlust des Monarchen einigen Trost bieten wird.

Deutsches Reich.

Der Reichstag

ist in seine Sommerferien gegangen. Es ist ohne Zweifel im letzten Winter von den Reichstagsmitgliedern, besonders von denen, die in den Kommissionen mitarbeiteten, ein großer Fleiß aufgeboten worden. Jedoch der Ertrag entspricht in gar keiner Weise den Bemühungen. Die Ursache der Ertragslosigkeit der Reichstagsarbeit liegt in den völlig zerrütteten Regierungs- und Parteiverhältnissen des Reiches.

Unter Bethmann-Hollweg ist die Regierung im Reiche zur völligen Regierungslosigkeit geworden. Der ödeste und langweiligste Bureaukratismus macht sich breit und als politisches Ziel verfolgt er höchstens das eine, alle bürgerlichen Parteien wieder einander zu nähern und zum gemeinsamen Kampf „gegen den Umsturz" zu vereinigen. Eine Bureaukratie, die nichts Vernünftiges zu schaffen weiß, muß eben im blöden Umsturzgeschwätz ihren einzigen Existenzgrund zu erweisen versuchen! Aber die Einigung der bürgerlichen Parteien ist nach dem Zusammenbruch des Bülowschen Blocktruges unmöglich und jede größere politische Aufgabe, die dem Reichstage gestellt würde, müßte neue Streitigkeiten unter den durcheinander gewirbelten Parteien entfachen. Es fehlt eine einheitliche parlamentarische Majorität, mit der die Regierung arbeiten könnte und arbeiten will.

In Wirklichkeit herrscht das konservativ-klerikale Kartell. Aber die Regierung möchte doch den Schein erhalten, als sei der Liberalismus nicht völlig verstoßen worden, als solle er mit zu den „regierenden Parteien" zugezogen worden. Die Regierung muß ja schon deshalb ihre Beziehung zu den Nationalliberalen erhalten, um in Zukunft bei den handelspolitischen Fragen nicht völlig den agrarischen Leuten auf Gnade und Ungnade unterworfen zu sein.

Unter diesen völlig zerfahrenen, unklaren Verhältnissen kann nichts Ganzes geschaffen werden. Selbst das kleine sozialpolitische Flickwerk konnte nicht fertiggestellt werden. Die Novelle zur Gewerbeordnung, das Heimarbeitergesetz, der Entwurf über die Arbeitskammern, der Reichsversicherungsentwurf, auch die Strafgesetznovelle und die Reichswertzuwachssteuer — alles ist unvollendet geblieben und auf den nächsten Winter verschleppt.

Es ist ein jammervolles Bild, das der „nationale" Reichstag bietet. Noch niemals sind die deutschen Wähler, die man im Januar 1907 mit wilden Phrasen an die Urne hetzte, so trübselig enttäuscht worden als durch diesen Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihr Bestes getan, um trotz dieser Ungunst der Verhältnisse einiges von Wert zu schaffen. Sie hat auch durch ihre Interpellationen die Aussprache über bedeutsame Geschehnisse herbeigeführt. Wir erinnern an die Interpellationen über die Lage der Tabakarbeiter, den Mansfelder Streik, den Kieler Werftbetrieb, den Zwangsarbeitsnachweis der Grubenkapitalisten, die Jagowtaten und die wahlrechtsfeindlichen Abgeordnetenhausreden Bethmann-Hollwegs. Freilich, an der reaktionären Mehrheit und an der liberalen Zerfahrenheit mußten alle Bemühungen scheitern.

Glücklicherweise blies in diese erschlaffende Atmosphäre der Reichspolitik der Wind der Volksmeinung ein paarmal mit erfrischender Schärfe hinein. Bei den Reichstagsnachwahlen zeigte sich die Empörung der Wähler über die gebrochenen Versprechungen der bürgerlichen Parteien und über ihre volksfeindlichen Taten deutlich genug — ein erfreuliches Vorzeichen einer nahen Besserung verheißenden Zukunft. Aus schlotternder Furcht haben ja schließlich die bürgerlichen Parteien sieben von der Wahlprüfungskommission wegen grober Wahlverfehlungen für ungültig erklärte Mandate vermittels eines der anrüchigsten Handelsgeschäfte gegen Sinn und Recht für gültig erklärt. Sie werden aber schließlich dem Spruch des Volkes nicht entrinnen!

* * *

Kaligesetz.

Die zweite Lesung des Kaligesetzes ist nun doch in einer Dauersitzung zu Ende geführt worden. Von unserer Seite sprachen noch die Genossen Hué und Albrecht, die sich gegen Kalipanamismus und freisinniges Manchestertum wandten. Die dritte Lesung fand gleich nach der zweiten statt und ergab die Annahme der Vorlage gegen Freisinnige und Polen. Schon drohten die Lampen zu erlöschen, als die lange, im Zwielicht beinahe gespensterhaft wirkende Gestalt des Reichskanzlers im Saale erschien. „Er kommt und löst den Reichstag auf", rief Genosse Emmel unter großer Heiterkeit. Aber Theobald dachte nicht daran und verlas stillfriedfertig die Vertagungsurkunde. Erst am 8. November will sich das Plenum wieder versammeln.

* * *

Aus Washington wird der Tägl. Rundschau gemeldet: Der amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. David Jayne Hill, hat vom Staatsdepartement Anweisung erhalten, bei der deutschen Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die vom Reichstag geplante Monopolisierung der Kali-Industrie gegen die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen gerichtet sei. In den Kreisen der amerikanischen Abnehmer und Kalihändler, besonders aber in denen der zahlreichen Käufer künstlichen Düngers, herrsche große Erregung über den geplanten Schritt des deutschen Reichstags.

Die Reichstagsersatzwahl in Jauer-Landeshut-Bolkenhain.

Der Kampf um das Mandat des verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Dr. Hermes wird jetzt sehr lebhaft geführt. Die Kandidaten der in Frage kommenden Parteien, Sozialdemokratie, Freisinnige, Konservative und Zentrum, sind nominiert. Für die drei bürgerlichen Parteien handelt es sich zunächst darum, die Sozialdemokratie, die bei den vorletzten Wahlen in die Stichwahl kam, bei den Bülowblockwahlen aber an die dritte Stelle rückte, aus der ziemlich sicheren Stichwahl zu verdrängen. Trotzdem für unsere Genossen die Möglichkeit, in Versammlungen zu den Wählern zu sprechen, nur in beschränktem Maße vorhanden ist, sind sie doch eifrig an der Arbeit. Einer früheren allgemeinen Flugblattverbreitung über den ganzen Kreis folgten am Sonntag zwölf Versammlungen. Am zweiten Pfingstfeiertag folgt wieder eine allgemeine Flugblattverbreitung, der dann noch weitere Versammlungen folgen werden.

Trotz der schlechten Versammlungsverhältnisse haben unsere Genossen die feste Hoffnung, bei der diesmaligen Wahl nicht nur an erste Stelle zu rücken, sondern sie rechnen auch noch auf einen erheblichen Stimmenzuwachs. — Die Wahl findet am 1. Juni statt.

Betriebskrankenkassen und Reichsversicherungsordnung.

Unter dem Vorsitz des Justizrats Wandel, Direktor bei der Firma Krupp, tagte am 9. Mai in Berlin eine Versammlung der Vertreter des Verbandes der Betriebskrankenkassen, um zu der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. In einer Resolution erklärte man sich mit der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht einverstanden, äußerte jedoch Bedenken gegen die Versicherung der Hausgewerbetreibenden. Weiter heißt es dann:

Als Voraussetzung für das Fortbestehen und die Errichtung von Betriebskrankenkassen darf, wie bisher, nur eine Mindestzahl von 50 Versicherten festgesetzt werden. Die Errichtung einer neuen gemeinsamen Behördenorganisation für die Reichsversicherung, namentlich von Versicherungsämtern, ist sachlich nicht gerechtfertigt und verumständlicht und verteuert die Reichsversicherungsordnung ganz erheblich. Den Krankenkassen muß das Recht bleiben, nur bestimmte Apotheken zur Lieferung zuzulassen. Die Regelung der Arztfrage wird auf das entschiedenste zurück-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100511/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG